

# JOUR FIXE

mit WK Wien-Präsidentin KommR Brigitte Jank

Thema:

**Konjunkturumfrage unter Wiens Unternehmen**

Datum: Dienstag, 20. Juli 2010

Uhrzeit: 19.00 Uhr

## Jank warnt vor neuer Belastungswelle für Wiener Wirtschaft

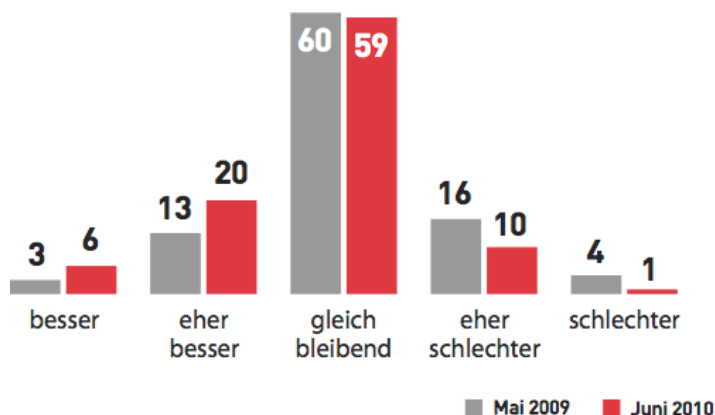
*Wiener Wirtschaft droht Wachstumsvorsprung zu verlieren - Große Verunsicherung wegen erwarteter Belastungswellen durch Bund und Land - Investitionen stagnieren - Wachstumsimpuls notwendig*

Als Stadt der Dienstleistung mit nur wenig Industrie hat Wien das Krisenjahr 2009 mit den geringsten Einbußen unter allen österreichischen Bundesländern überstanden. Schmerzlich war der Rückgang der Wertschöpfung um 2,6 Prozent aber dennoch. Wettgemacht wird er im heurigen Jahr jedenfalls nicht werden: Mit einem erwarteten Wirtschaftswachstum von nur etwas mehr als einem Prozent ist die Wiener Konjunktur noch lange nicht im jenem Tempo unterwegs, wie sie für einen spürbaren Aufschwung und eine Stabilisierung des Arbeitsmarktes notwendig wäre. Wiens Wirtschaft wächst heuer maximal im Österreich-Schnitt und wird den Wachstumsvorsprung des letzten Jahres damit verlieren. Der Grund: Was sich in der Krise als Stärke erwiesen hat - nämlich die starke Dienstleistungsorientierung -, wird nun zum Nachteil. Denn die rasche Erholung der Weltmärkte kommt in anderen Bundesländern wesentlich rascher an als in Wien. „In Wien müssen daher jetzt verstärkte Wachstumsimpulse gesetzt werden, um den bisherigen Vorsprung nicht zu verlieren“, sagt Wirtschaftskammer Wien-Präsidentin Brigitte Jank. Konkret fordert Jank eine Investitionszuwachsprämie, um die stagnierende Investitionstätigkeit der Wiener Betriebe in Schwung zu bekommen, und einen Handwerker-Bonus. „Wir brauchen Maßnahmen, die die Wirtschaftsleistung steigern, um neue Steuereinnahmen zu generieren und den Arbeitsmarkt entlasten. Was wir nicht brauchen, sind neue Belastungswellen durch Bund und Land, die die Wirtschaft in ihrer schwierigen Lage weiter bremsen und behindern“, so Jank.

### Verhaltener Optimismus in schwierigem Umfeld

Wie aus einer aktuellen Konjunkturumfrage unter den Wiener Wirtschaftstreibenden im Auftrag der Wirtschaftskammer Wien hervorgeht, zeigen sich die Betriebe derzeit vorsichtig optimistisch. 59 Prozent der Betriebe schätzen ihre künftige Geschäftslage als unverändert ein (Mai 2009: 60 Prozent), 26 Prozent rechnet mit einer besseren Geschäftslage in den nächsten sechs Monaten (Mai 2009: 16 Prozent). Von einer Verschlechterung der Lage gehen immer noch elf Prozent aus, vor einem Jahr blickten doppelt so viele pessimistisch in die Zukunft.

*Grafik: Einschätzung der kommenden sechs Monate (Angaben in Prozent)*

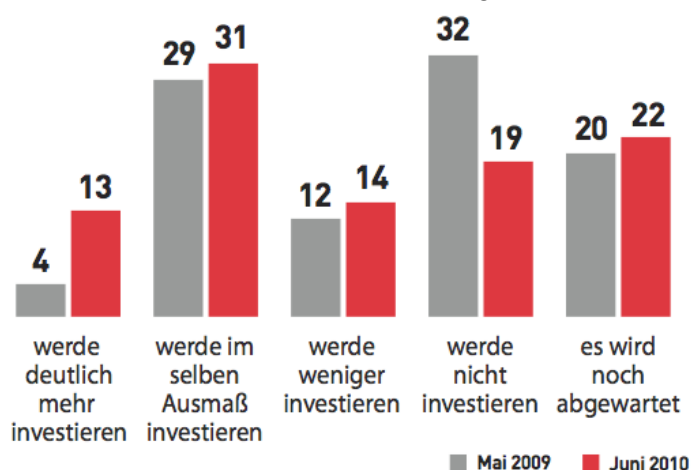


Die mittlerweile voll entbrannte Diskussion über neue Belastungen für Wirtschaft und Arbeitnehmer durch höhere Steuern und Abgaben drücke aber auf die Stimmung, so Jank. „Sie ist schädlich, verursacht Angst und Verunsicherung und gefährdet die Kaufkraft.“ Stattdessen müssten Bund und Stadt Wien nun durch gezielte Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung deutliche Signale einer ausgabenseitigen Budgetsanierung setzen. „Zukunftsängste sind in der gegenwärtigen Lage pures Gift für die Wirtschaft“, sagt Jank. Die Erholung der Wirtschaft steht immer noch auf unsicheren Beinen. Wie die vergangenen zwei Jahre gezeigt haben, herrscht auch unter Wirtschaftsforschern Unsicherheit über die konjunkturelle Entwicklung. „Daher ist es wichtig, sich jetzt auf die unmittelbar vor uns liegenden Probleme zu konzentrieren und einem nachhaltigen Aufschwung eine solide Basis zu sichern“, so Jank. Belastungen für die Wirtschaft befürchtet Jank nicht nur durch die Sanierung des Bundesbudgets. Auch in Wien werde es nach der Wahl harte Einschnitte geben - von Abgaben- und Gebührenerhöhungen über Kürzungen bei Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderungen bis hin zur Aufschiebung von Landesinvestitionen.

### Unternehmer investieren nur zögerlich

Im Bereich der Investitionen befinden sich die Aktivitäten der Wiener Betriebe weiter auf niedrigem Niveau, auch wenn es erstmals Anzeichen einer leicht besseren Stimmung gibt. Insgesamt planen 58 Prozent der Befragten in den nächsten zwölf Monaten auf jeden Fall Investitionen tätigen (Mai 2009: 45 Prozent). 31 Prozent im selben Ausmaß wie im Vorjahr (Mai 2009: 29 Prozent), 13 Prozent werden deutlich mehr investieren (Mai 2009: 4 Prozent) und 14 Prozent werden weniger investieren (Mai 2009: 12 Prozent). 20 Prozent warten mit Investitionen noch zu, sind aber bereit aktiv zu werden (Mai 2009: 20 Prozent) und nur noch 19 Prozent geben an, sicherlich nichts zu investieren (Mai 2009: 32 Prozent). Am deutlichsten ist die Investitionsneigung bei Unternehmen 101 bis 500 und solchen mit über 500 Mitarbeitern sowie bei Industriebetrieben, in den Sparten Gewerbe und Handwerk, Handel sowie Information und Consulting ausgeprägt. „Wer investiert, glaubt an die Zukunft und stärkt seine Wettbewerbsfähigkeit“, sagt Jank. Dieser Glaube an die Zukunft müsse nun durch kluge wirtschaftspolitische Entscheidungen gestärkt werden, so Jank.

Grafik: Investitionsverhalten (Angaben in Prozent)



## **Unternehmen halten Mitarbeiter**

82 Prozent der Unternehmen sehen ihren derzeitigen Personalstand als gerade richtig an und gehen davon aus, dass er gleich bleiben wird. Immerhin 14 Prozent meinen, aktuell zu wenig Personal zu haben und 12 Prozent rechnen daher mit Neuaufnahmen. Lediglich vier Prozent meinen, dass sie zuviel Mitarbeiter haben und eher abbauen werden müssen.

Am meisten Personal aufnehmen wollen Unternehmen mit 101 bis 500 Mitarbeiter, gefolgt von Unternehmen mit über 500 und solchen mit 6 bis 20 Mitarbeiter. Mehr Personal wird vor allem von Banken und Versicherungen, Gewerbe und Handwerk, Handel, Transport und Verkehrs sowie Information und Consulting gesucht. Die befragten Industriebetriebe hingegen rechnen mit einem Abbau von Mitarbeitern.

„Dieses starke Bekenntnis der Wiener Betriebe zu ihrer Belegschaft fußt auf der starken persönlichen Bindung zwischen Unternehmern und Mitarbeitern in vielen Wiener KMU und auf dem Umstand, dass qualifizierte, erfahrene Arbeitnehmer gebraucht werden, wenn sich die Auftragslage wieder verbessert“, sagt Jank. Daher halten Klein- und Mittelbetriebe ihren Mitarbeiterstand auch in schwierigen Zeiten mit aller Kraft. Werden neue Mitarbeiter gesucht, sind vor allem qualifizierte Arbeitnehmer, Facharbeiter, Angestellte und Spezialisten gefragt.

## **Neueste Standortumfrage der Industrie**

In Wien entfallen nur noch neun Prozent der Wirtschaft auf die Industrie. Allerdings sichert dieser Sektor direkt rund 60.000 Arbeitsplätze und als Auftraggeber für andere Wirtschaftsbereiche in Summe 200.000 Arbeitsplätze - also etwa 36 Prozent aller gewerblich Beschäftigten. Im österreichweiten Vergleich ist die Wiener Industrie deutlich unterrepräsentiert. Nur neun Prozent aller österreichischen Industriebetriebe sind in Wien angesiedelt, sie beschäftigen elf Prozent aller heimischen Industriemitarbeiter.

Wie eine aktuelle Befragung der Karmasin Motivforschung im Auftrag der Wirtschaftskammer Wien unter 200 Industrie-Unternehmern zeigt, hat Wien in der Meinung der Manager zwar Spitzenwerte im Bereich der Lebensqualität, der guten internationalen Erreichbarkeit über den Flughafen sowie die Nähe zu den östlichen EU-Staaten. Parallel dazu aber steigt die Unzufriedenheit bei anderen essentiellen Fragen konstant und deutlich an.

71 Prozent der Befragten nennen die hohen Lohnkosten als Nachteil, 68 Prozent monieren hohe Betriebskosten und Abgaben, 62 Prozent die übersteigerte Bürokratie, 52 Prozent mangelndes Verständnis vonseiten der Behörden, 45 Prozent den Facharbeitermangel, 40 Prozent eine zu geringe Unterstützung durch die regionale Politik und 18 Prozent eine fehlende Unterstützung bei Ansiedlungen.

Neben den hohen Lohn- und Betriebskosten ist es vor allem die Bürokratie, die für nachhaltige Verärgerung sorgt. Immer wieder werden Klagen wegen Problemen bei Betriebsanlagengenehmigungen laut. So kommt es trotz Einhaltung der gesetzlichen Lärmgrenzen immer wieder zu negativen Bescheiden der anwesenden Amtsärzte, da diese subjektiv entscheiden. Beklagt wird auch der Personalmangel mancher Behörden, wodurch Verhandlungen vor Ort unmöglich werden. Stattdessen trifft die

Behörde die Entscheidung allein auf Basis des Akts. Und dies dauert wesentlich länger, als wären die Behördenvertreter direkt vor Ort gewesen.

Schon jetzt haben elf Prozent der Befragten im Lauf der letzten Jahre zumindest Betriebsteile an einen anderen Ort verlagert. Acht Prozent, das entspricht 60 Betrieben, überlegen in den kommenden Jahren Teile ihres Betriebs zu verlagern. Da die Verlagerung in erster Linie die Produktion an sich betrifft, droht mittelfristig die komplette Abwanderung der Unternehmen an einen Standort außerhalb Wiens. „Wien verabschiedet sich sehenden Auges von seiner Industrie“, sagt Brigitte Jank. Dabei nehmen Industrie und produzierendes Gewerbe gerade für einen Dienstleistungsstandort wie Wien eine besonders wichtige Rolle ein. „Viele unternehmensnahe Dienstleister generieren ihre Aufträge von Gewerbe und Industrie“, so Jank. Wien drohen damit dauerhaft zweistellige Arbeitslosenraten, wenn den zuziehenden Menschen (10.000 pro Jahr) nicht genügend Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden.

„Wir brauchen in Wien eine neue Industriepolitik. Die Stadt muss Industriebetrieben einen goldenen Teppich ausrollen und abseits der Wohngebiete attraktive Flächen sichern“, sagt Jank. Die Wirtschaftskammer Wien werde in der Sparte Industrie für produzierende Betriebe zudem einen Ombudsmann gegen die überbordende Verwaltung einrichten, kündigt Jank an. „Gerade angesichts der nach wie vor schwierigen Situation ist es von zentraler Bedeutung, dem produzierenden Gewerbe und der Industrie in Wien die besten Rahmenbedingungen zu bieten.“

Rückfragehinweis:  
Wirtschaftskammer Wien  
Dr. Gary Pippan, Presse und Medienmanagement  
T. 51450 1320  
E. gary.pippan@wkw.at